

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der L. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 4

Neuenbürg, Freitag, den 5. Januar 1923.

81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Das große Ereignis des neuen Jahres, die mit so viel Spannung erwartete Pariser Konferenz, die Vorläuferin der Brüsseler Reparationsverhandlungen, hat pünktlich begonnen und ohne viel Umschweife gleich die verschiedenen Reparationsprobleme in Behandlung genommen. Eine angenehme Ueberraschung für Deutschland bildet der englische Vorschlag des Premierministers Bonar Law. Wir wissen, daß dieser konservative englische Politiker uns erheblich kühler gegenübersteht, als sein Vorgänger Lloyd George; und doch kommt sein Reparationsvorschlag, ohne Deutschland das geringste zu schenken, ungefähr auf dasselbe hinaus, was die öffentliche Meinung in England schon so lange gefordert hat: Deutschlands Leistungsfähigkeit in Liebererkenntnis zu bringen mit seinen Leistungen. Insbesondere sollen wir auf 4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen mit Ausnahme einiger Holz-, Kohlen- und Harzlieferungen befreit werden; jede sofortige Pfandnahme wird abgelehnt und die Vornahme von Sanktionen nur vorgesehen, falls Deutschland gegen dieses neue Abkommen verstoßen sollte; schließlich soll die deutsche Reparationsschuld endgültig festgelegt werden, voraussichtlich mit 50 Milliarden. Der italienische Vorschlag ist schon von den Londoner Verhandlungen her bekannt; er sieht ein zweijähriges Moratorium vor, verzichtet aber nicht auf Pfänder. Ganz ungewöhnlich ist das französische Reparationsprogramm, das eine dreimonatliche Finanzkontrolle vorseht und von einem zweijährigen Moratorium redet, ohne ein solches in sich zu begreifen, weil Deutschland auch während dieses Moratoriums mit allen Sachlieferungen wie bisher und außerdem mit der Bezahlung der Kosten der unverminderten militärischen Besetzung und aller Kommissionen, sowie einer Reihe weiterer Zahlungen belastet wird. Bonar Law hat nun die Verhandlungen in Paris bereits in das Fahrwasser gewandt, daß nur sein Plan diskutiert werden soll. Die englischen Absichten haben keine Aussicht auf Verwirklichung, jedenfalls noch nicht. Die Italiener wollen zwar auch gehört sein, aber wir vermuten wenig Ernst dahinter. Belgien möchte eine Art Vermittlerrolle spielen. Deutschland selbst wurde bis jetzt noch gar nicht gehört und es ist sehr fraglich, ob Staatssekretär Bergmann überhaupt zum Worte gelangt.

So sehen wir wieder das alte Spiel. Ob die Verhandlungen in London, Genua, Paris, Brüssel oder sonstwo geführt werden, immer wird die englische Politik, die Deutschland zu dem kommen lassen will, ohne es auch nur von den schweren Kriegs- und Friedenslasten zu befreien, von Frankreich für unannehmbar erklärt, und zwar nicht bloß für die Franzosen selbst, sondern auch für die Italiener und Belgier. Der Hauptkonflikt geht darum, ob es ein Moratorium mit oder ohne Finanzkontrolle oder die von England gewünschte Bewegungspfähler geben soll und ob die von Frankreich vorgeschlagene Freiheit für Deutschland zu gelten hat. Amerika scheint England zu hängen, wagt sich aber nach wie vor, an den Verhandlungen aktiv teilzunehmen. Auch das ist nicht neu. Und so ist denn zu befürchten, daß Frankreich seinen Willen durchsetzt. Die nächsten Tage werden darüber wohl die Entscheidung bringen. Sie mag anfallen, wie sie will, wir müssen sie tragen und dürfen nicht verzagen. Unerhörte Forderungen werden an unsere Leistungsfähigkeit gestellt werden. Von den drei das Staatswesen im Betrieb erhaltenden Faktoren sind die Industrie und die Landwirtschaft lieferungsbereit; bei der Arbeiterschaft hängt es von ihrer Stellung zum Achtstundentag ab.

Einstweilen gibt die furchtbare Teuerung im neuen Jahre weiter, wie sie im alten geschlossen hat. Wir bekommen Fleischpreise, die in der Geschichte der Menschheit wohl unübertroffen sind, denn die Kuhzucht zu den Weihnachtsferien anzuhören. Wenn 25 000 bis 48 000, in 69 000 Mark für ein Zentner Lebendgewicht bezahlt werden, dann fragen wir, wo bleibt das Ernährungsministerium. Nicht, als ob wir damit behaupten wollen, daß der Viehhalter kein Recht habe, den Preis seiner Ware mit den allgemeinen Preisen und der Geldwertverwertung in Liebererkenntnis zu bringen; aber die Frage des Handels und Händlergewinnes sollte einmal genauer untersucht und auch geprüft werden, warum so wenig Vieh mehr an die Märkte kommt. Auch die Milchzuckerzeugung ist jetzt in Behandlung genommen worden. Verboten wurde die Verfütterung von Vollmilch an Tiere und die Herstellung von Butter für den eigenen Hausbedarf. Eingeführt wird außerdem der Handel in Butter und Käse. Der Zweck dieser Maßregeln ist die Verhinderung eines weiteren Rückgangs in der Milchlieferung und der sich daraus ergebenden Gefahren für den Gesundheitszustand der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, Kranken und Greise. So freuen wir langsam wieder der Zuverlässigkeit zu, in der Ernährungsfrage durch die eigenen Behörden, in allen übrigen durch den Druck der kommenden französischen Finanzkontrolle. Wir hatten jetzt jahrelang Gelegenheit, uns ein besseres Schicksal zu verdienen. Wer eine solche Regierung und ein solches unfreies Volk, eine nur auf Wucher und Bereicherung gerichtete Sinnhaftigkeit und ein stumpfes Schicksal haben es fertig gebracht, daß Deutschland, fast auf dem Boden, immer tiefer gesunken ist, ein Spielball seiner Feinde und An Ocker seiner inneren Zerrissenheit.

Deutschland.

Stuttgart, 4. Jan. (Reinertshilfe.) Auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Baillie und Wiber betr. beschleunigte Auszahlung der Rentnerhilfe hat das Ministerium des Innern folgende Antwort erteilt: Entsprechend der Beschlußfassung des Finanzsausschusses vom 8. Dezember 1922 hat das Ministerium sofort das Weitere eingeleitet. Nachdem die vielen in Betracht kommenden Vorarbeiten, insbesondere die Durchsicht sämtlicher zurzeit rund 10 000 Kleinrentner umfassenden Bezirksverzeichnisse, nach Feststellung und Berichtigung der hierbei gefundenen Anstände, die Nachprüfung der Abrechnung jedes einzelnen Bezirkes, die Zusammenstellung der einzelnen Bestände, die Bedarfsberechnung und die Verteilung des Gesamtbetrags mit größter Beschleunigung zum Abschluss gebracht worden waren, konnten die auf die Bezirke entfallenden Beträge mit den erforderlichen Weisungen in der Woche vor Weihnachten, und zwar noch ehe die kleine Anfrage Baillie-Wiber gestellt war, an alle Bezirke versandt werden. In Groß-Stuttgart ist die Auszahlung teilweise nach vor Weihnachten erfolgt, im übrigen wird sie überall unmittelbar nach den Feiertagen durchgeführt.

Stuttgart, 3. Jan. Die Verlegung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen soll in nächster Zeit einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden. Die Hauptforderungen der Kriegsbeschädigten-Organisationen betreffen in Erhöhung der Renten, Befreiung der Kürzungsbestimmungen, wodurch eine größere Härte beseitigt würde, Gewährung eines Existenzminimums an die Erwerbsunfähigen, Einbeziehung des Deutscherzweckgesetzes in das Versorgungsrecht. Nach dem nun vorliegenden Vorschlag sehen sich die Versorgungsbeschädigten aus folgenden Teilen zusammen: 1. Rentner, 2. Ortszuschlag, 3. Rentnerzuschlag für Erwerbsunfähige, 4. Zuschlagzulage, 5. Pensionzulage, dazu gegebenenfalls Kinderzuschlag, Pflegezulage, Renten und Ortszuschlag sollen den Kürzungsbestimmungen nicht mehr unterworfen sein. Nur der Rentnerzuschlag soll bei Nebeneinkommen in gewissem Umfang ruhen.

Stuttgart, 4. Jan. Am kommenden Samstag, 6. Januar, wird aus Anlaß der Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei Gelegenheit sein, Dr. Gertraud Bäumer in Stuttgart zu hören. Sie spricht in der öffentlichen Versammlung, die im Festsaal der Lieberhalle stattfindet und um 10 1/2 Uhr beginnt, und wird vor allem wirtschaftliche, innerpolitische und kulturelle Fragen behandeln. Bei dem Klang, den diese Frau im geistigen Leben Deutschlands einnimmt, wird man auf einen starken Besuch der Versammlung rechnen dürfen, umso mehr als, wie schon mitgeteilt, am selben Vormittag auch noch Oberbürger Dr. Meier über außenpolitische Fragen sprechen wird.

München, 3. Jan. Der „Miesbacher Anzeiger“ hatte vor einem halben Jahr in einem Aufsatz dem letzten kaiserlich bayerischen Kriegsminister Freilinger von Dellingrad vorgeworfen, daß er durch seine Sammellosigkeit den Erfolg der Revolution in München begünstigt habe. Der Kriegsminister hatte Klage erhoben. Nachdem aber die amtlichen Stellen das Amtsgericht nicht läßt sitzen, erklären beide Parteien, daß die Durchführung des Prozesses unmöglich ist, und beantragen, daß die historische Wahrheit über den Vorgang der Revolution nicht ermittelt werden kann. Beide Parteien hatten nämlich das gesamte letzte kaiserliche Kabinett als Zeugen geladen. Die zuständigen Stellen haben die Minister vom Amtsgericht abgemittelt.

Nur Arbeit kann uns retten.
Während alle Welt sich immer fester darüber wird, daß eine Heilung unserer Not, verursacht durch Krieg, Revolution und Versailles Diktat, nur durch Aufhebung aller wirtschaftlichen Kräfte möglich ist, gibt es auch Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit noch mehr herabzubringen. In diesem Zusammenhang sei auf ein Flugblatt des Zentralverbandes der Geiger und Musikanten in der Pinnendiffahrt hingewiesen, das aus Anlaß von Lohnstreikigkeiten als Aufweisung an die Mitglieder herausgegeben worden ist. Folgende Absätze sind wortlich entnommen: „Am Freitag wird die Arbeitslosigkeit zu Land und während der Fahrt auf acht Stunden herabgesetzt. Die Dampfmaschine an Land, ist die Arbeitszeit von acht Stunden stunde einzuhalten. Überstunden sind in allen Fällen zu vermeiden. Während oder vor Aufnahme der Fahrt beginnt für die Musikanten und Geiger die Arbeitszeit früh 7 Uhr. Die erste Stunde früh 7-8 Uhr gilt als Vorbereitungs- oder Aufbruchstunde. Pünktlich 8 Uhr, keine Minute früher, keine Minute später, muß jeder Dampfer zur Aufnahme der Fahrt bereit sein. Mit der ersten Umdrehung der Maschine beginnt die Fahrt. Die Fahrtzeit selbst beträgt sechs Stunden. Jeden Tag, nachmittags 2 Uhr, ist die Fahrt einzustellen bzw. bis auf den nächsten Tag zu unterbrechen. Dem Schiffsführer ist eine halbe Stunde vorher Bescheid zu sagen, daß punkt 2 Uhr die Fahrt vorzulegen und die Maschine zum Stillstand gebracht wird. Nachmittags 3 Uhr Arbeitslohn auf jedem Dampfer!“

Ein kommunistischer Kongreß in Offen.
Am 6. Januar treten, wie die „Rat Fahne“ meldet, in Offen Vertreter der kommunistischen Zentralen von Frankreich,

England, Italien, Belgien, Holland, der Tschechoslowakei und Deutschland zusammen, um über die Maßnahmen zu beraten, welche das Proletariat Westeuropas gegen den Frieden von Versailles zu treffen hätte. Im einzelnen soll protestiert werden gegen die Vandalenpläne Poincares und die Garantienprojekte Curots, gegen die Koalition des französischen und deutschen Kapitals, von der einflußlos aber als bloßem Ruge nicht wahrzunehmen ist. Die Essener Tagung soll von Massentantam in allen Ländern begleitet werden. Ueberall sollen internationale Massenunruhen für den „Kongreß der Reparationspolitik der Bourgeoisie“ stattfinden.

Ausland.

Die Gegenätze zwischen Poincare und Bonar Law.

Die zweite Sitzung der Pariser Konferenz begann Mittwoch 3 Uhr nachmittags. Der erste Teil der Sitzung, der bis 20 Minuten nach 5 Uhr dauerte, wurde von einer längeren Rede Poincares ausgefüllt, worin der französische Ministerpräsident seine Einwände gegen das englische Projekt auseinandersetzte. Er wies darauf hin, daß der Plan Bonar Laws die wesentlichsten Bestimmungen des Versailles Vertrags verlege und daß er den im Geiste des Vertrags gefassten Zahlungsplan von 1921 zerbröckle, und daß er überdies Deutschland in ungewöhnlicher Weise von seinen Verpflichtungen entlaste. Deutschland wäre darnach mit seiner herabgesetzten äußeren Schuld und seiner kaum noch existierenden Staatsschuld in der Lage, den Plan einer europäischen Vorherrschaft (!) den der Krieg unterbrochen hat, wieder aufzunehmen. Poincare machte fernerhin darauf aufmerksam, daß die Zahlungen, die nach dem englischen Plan den Alliierten zufließen sollten, vollständig ungenügend wären, da die deutsche Schuld nach englischer Schätzung heute nur noch 25 Milliarden betragen würde, und von diesen 25 Milliarden hätte Frankreich nur 10 Milliarden zu erwarten. Schließlich bemerkte Poincare, daß im Hinblick auf die Schuld Frankreichs an Amerika und die Verpflichtungen, die dem Land durch die Besetzung der Westfront und die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete erwachsen, die Lage Frankreichs an den entscheidenden Zahlungsterminen um die Hälfte ungünstiger sein würde als die Lage Englands. Poincare rügte schließlich als verwerflich, daß der englische Entwurf Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Ratifizierungsmöglichkeiten vorsehe. Außerdem bestünde die Gefahr, daß gerade in der Zeit, in der Frankreich am notwendigsten der deutschen Sachlieferungen bedürfte, d. h. während der vier Jahre des Moratoriums, für die deutschen Sachlieferungen, die als vorweggenommene Zahlungen gelten würden, auf Grund des vorgeschlagenen Diskontsatzes das Doppelte ihres Wertes zu bezahlen sei.

Poincare schloß: Sämtliche Bestimmungen des englischen Vertrags seien also ausgesprochen dem Friedensvertrag zuwider. Dieser stelle aber eines seiner Dokumente dar, die man im internationalen Recht „ewige Verträge“ nenne, und die nicht abgeändert werden könnten. Er sei von den Kammern sämtlicher Signatarmächte feierlich ratifiziert worden, und das französische Parlament habe ihn ratifiziert. Der Vertrag von Versailles habe also alle Weichen eines stierischen internationalen Paktes und damit den Wert erlangt, der sich mit dieser Bezeichnung verbinde. Er sei für Frankreich ein inneres Staatsgesetz geworden. An dem Vertrag von Versailles könnten Veränderungen nur in der gleichen Form vorgenommen werden, d. h. durch die ratifizierten und von den Parlamenten ratifizierten Unterschriften sämtlicher Signatarmächte. Nicht aber könne Frankreich sich darauf einlassen, daß nur eine Zeile an diesem internationalen Instrument abgeändert werde.

Bonar Law

erklärte, er werde Poincares Rede morgen eingehend beantworten und wolle heute nur kurz hervorheben, worin die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten im wesentlichen beständen. England sei der Ansicht, daß die Ausführung des französischen Planes kein Geld bringen werde. Die Reparationsangelegenheit habe sich als ein schlechtes Geschäft erwiesen. Nach englischer Auffassung müsse man jetzt bemüht sein, noch soviel herauszubringen, wie herausgegeben werden könnte. Bonar Law fuhr fort, mit dem gleichen Recht, mit dem Poincare das von England vorgeschlagene Kontrollkomitee als Verletzung des Versailles Vertrags bezeichnet habe, könne man das schon bestehende Garantienkomitee als eine Verletzung des Vertrags bezeichnen. Ueber die Frage, den englischen Plan mit dem Versailles Vertrag in Einklang zu bringen, müßten juristische Sachverständige befragt werden. Der von Frankreich gewünschte Beschränkung des Moratoriums auf die Dauer von zwei Jahren würde England zentralistisch zutun. Ueber die Rolle, die der Reichsfinanzminister in dem Komitee zu spielen hätte, ließe England mit sich reden. Bonar Law betonte dann mit Nachdruck, daß England alle Sanktionen mit Frankreich gemeinsam verhandeln würde, falls das neue Ueberwachungskomitee eine vorläufige Minderleistung auf deutscher Seite feststellen wird. Er betonte, Englands Hauptziel sei die Wiederherstellung des deutschen Kredit, ohne die eine Lösung der Reparationsfrage nicht möglich sei. Auch von

h näher bestimmten Teiles des Ruhr- einer Politik ähnlich des besetzten Ge- von der französischen Regierung mehr- ung aufrecht erhalten, daß jede Richt- Vertrag einen Ausschub der Käuf- Gebiet in der Vergangenheit zur in Zukunft haben werde.

um Poincares an England, m Schluß des heute vormittag abgehal- t Poincare den Journalisten auf Be- gelische Entwurf ist unannehmbar, nicht sondern auch für die Belgier und Itali- belgische Priorität und nimmt den Ita- auch uns selbst das in England als lichen Vorschläge während des Krieges

orgehen? Zu Beginn der Nachmittags- en, daß ich keinerlei Diskussion auf der den Entwurfs zulassen kann, aus den Communiqués über den heutigen Mini- Außerdem werde ich mich weigern, den ch eine Debatte über die Einzelheiten Es gibt nur zwei Ziele: Entweder, es Projekt gestimmt, wie es ist, weil es darstellt — die französische Regierung denlichen Angehörigen zu machen, um is die Engländer abhelfen könnte — ineinigkeit festgesetzt.

enbürg, den 4. Januar 1923.

Anklagung.

in Beweise aufrichtiger Teilnahme, Hinfcheiden unserer lieben Ent- durften, erlauben wir uns, auf ten innigsten Dank auszusprechen. len wir allen denen, die sie wäh- Leidenzeit besuchten und erquickten, Leichenbegleitung, den Altersge- ahwidmung, sowie den Trägern, lebenden Gefang der Schüler unter n Rektor Bollmer.

In tiefem Leid:

Julie Dellon-Zintbeiner.

Wollen Sie Ihr Glück

und Sie gewinnen bis zu Millionen Mark

er I. Klasse am 8. und 10. Januar 1923 beginnenden Klassen-Lotterie.

1/8	1/4	1/2	1
5.—	150.—	300.—	600.—
100.—	200.—	400.—	800.—
375.—	750.—	1500.—	3000.—

Stellungsgeld extra.

Ausschneiden! Achtung!

ten Publikum zur Nachricht, gem die

„Schwarzwälder Kitten-Verwertung“

Dieselbe ist stets Kaffakäufer höchsten Preise für Werke, Maschinen, Alteisen, Messing, Blei, Kabel, Papier, Flaschen etc. Konkurrenzlos dastehend!

Produkten-Verwertung,

(D.A. Calw), Tel. Nr. 17. Nimmt sofort auf Wunsch!

Ausschneiden! Achtung!

Wand-Kalender

Wende mit Jahreskalendarium, sowie Wochen- und Tagesblod, empfiehlt solange Vorrat Buchhandlg., Neuenbürg (Inh.: D. Strom.)

französischer Seite sei anerkannt worden, daß den von Deutschland geforderten Sachleistungen im Interesse der Verbündeten eine Grenze gezogen werden müßte. Zu der Frage des französischen Golddepots bemerkte Bonar Law, dieses Gold sei im Einverständnis mit der Bank von Frankreich nach Amerika geschickt worden. England sei bereit, es zurückzukaufen, falls Frankreich für diese Operation 50 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stelle. Die von den Engländern vorgeschlagene Ziffer für die endgültige Festsetzung der deutschen Schuld recht fertigte Bonar Law mit dem Hinweis darauf, daß diese Ziffer die Mitte zwischen den in der französischen Kammer ausgesprochenen Höchst- und Mindestziffern darstelle. Bonar Law erklärte zum Schluß, falls zwischen England und Frankreich wirklich weitgehende Gegenstände beständen, wäre es unnötig, eine Verständigung zu erstreben. Englands Programm unter scheide sich von dem französischen hauptsächlich in der Frage der Gesamtziffer und in der Methode der Erlangung deutscher Zahlungen. England sei gegen Erfassung von Pfändern, weil dadurch die Wiederherstellung des deutschen Kredit verhindert würde. Es sei ferner gegen eine Finanzkontrolle, die der Einleitung einer fremden Ueberregierung gleichkäme. Es sei endlich gegen die Verletzung des Ruhrgebietes, weil durch solchen Druck auf die Schlagader Deutschlands dessen Wirtschaftsleben gelähmt würde. Die Verbündeten müßten entscheiden, ob sie durch Erfassung von Pfändern sofort keine Zahlungen ein treiben oder durch Wiederherstellung des deutschen Kredit arriere Zahlungen für später sich sichern wollen. Die Forderung Poincarés, daß nur der französische Plan besprochen werde, sei nach englischer Auffassung nicht zu rechtfertigen. England sei der Ansicht, daß die drei vorliegenden Pläne erörtert werden müßten.

Der belgische Ministerpräsident Theunis erklärte, das englische Memorandum habe die Belgier ebenso enttäuscht wie die Franzosen. Er bedauere, daß Belgien nicht wie bei den früheren Konferenzen die Rolle eines Vermittlers spielen könne. Er wies auf den fortgesetzten schlechten Willen Deutschlands hin, der sich seit Spa immer verstärkt habe. Der eng lische Plan wie der Vorläufer Belgiens Abbruch. Poincaré habe alles gesagt, was über den englischen Plan zu sagen sei. Theunis schlug eine provisorische Lösung vor, aus der die Er dörderung der alliierten Schulden ausgeschaltet werde und die für ein Jahr das französische Memorandum mit Pfändern ent halte. Ein italienischer Vertreter hat, seine Ausführungen auf die heute Donnerstag stattfindende Sitzung verschieben zu dür fen, da ihm noch gewisse technische Einzelheiten fehlten. Bonar Law hielt die Gesamtheit seiner Dispositionen, namentlich seinen Widerstand gegen die Pfandnahme, aufrecht und erklärte, die britische Abordnung werde in der heutigen Donnerstag sichtigung eine eingehende Note als Antwort auf die Kritiken Poincarés und Theunis übermitteln.

Der Berichterstatter der „Havas“ sagt dazu: Der allge meine Eindruck bleibe derselbe wie gestern. Die Meinungs verschiedenheiten seien grundlegend und ein Abkommen scheint unwahrscheinlich, doch sei es möglich, daß die italienische Ab ordnung heute ein Kompromiß einbringe. Falls die Wärtener ihre Unentschiedenheit über die Mittel, Deutschland zum Zahlen zu bringen, feststellen müßten, werde Frankreich gezwungen sein, allein zu handeln.

Frankreich geht der Sympathien seiner Freunde verlustig.

Aus Washington wird der „Edin. Fig.“ gefunkt: Trotz der unangenehmen fortwährenden Sympathien für Frankreich hat doch die halbhartnäckige Haltung Poincarés den amerikanischen Widerstand gegen die offizielle französische Regierungspolitik, deren Nachstelle man jetzt auch hierzulande zu spüren beginnt, nachhaltig verstärkt. Es herrscht die Ansicht vor, daß die öf fentliche Meinung der ganzen Welt Frankreich nachgiebig stimm en müßte. Es ist hier bezeichnend, daß selbst ein so fran zosenfreundliches Blatt wie die „Newport Times“ diese Fest stellung macht und sich ihr anschließt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reuenburg, 4. Jan. „O du frohliche, o du selige Weich nachtszeit“, mit diesem feierfreudigen allem. Liebe wurde die überaus zahlreich besuchte Weihnachtsfeier der kath. Kirchengemeinde am Neujahrsabend Punkt 4 Uhr im Särsaal eröffnet. Anschließend an dieses Lied entbot der Dohw. Herr Stadtpfarrer Kästle den Willkommensgruß. Er führte der Feiergemeinschaft in von Herzen kommender und zu Herzen gehender Rede die tiefinnere Bedeutung des Weich nachtsfestes mit seinem alt und jung anheimelnden Zauber vor Augen, daran den Wunsch knüpfend, daß doch endlich Frieden und wahre Liebe auf Erden einkehren möge, daß alle Menschen und alle Völker guten Willens werden mögen! Daran schloß sich der Prolog „Im Jahresende“. Darauf stimmte der kath. Kirchenchor das Engellob an: „Ehre sei Gott in der Höhe“. Das erste Weihnachtsspiel „Sei niemals hart“, das wirklich treffend zeigte, daß wir niemals hartberzig sein, sondern für alle Ansehenden ein warmes Herz und eine hilf reiche Hand haben und lieber einmal einen Unwürdigen unter stützen als einen wirklich Bedürftigen abweisen sollen, wurde trefflich gegeben. Reizend sang das von Lotte Paseta mit so weicher süßer Kindesstimme vorgetragene „Drittenleiden“. „Gemeinsames Weihnachts“, 4stimmiger Gesang, trug der kath. Kirchenchor mit tiefem Empfinden und Wärme vor. Man hörte wohl an diesem und an allen weiteren Liebesvorträgen, daß Fel. Julie Huber, die alle Stücke am Klavier meisterhaft begleitete, nicht nur eine hervorragende Pianistin, sondern auch eine tüchtige Dirigentin ist. Des fremden Kindes heiliger Christ von Löwe wurde von Frau Paseta mit tiefem Verständnis, mit zu Herzen gehendem Nachdruck vorgetragen. Die jungen Klavier- und Violinkünstler und -Künstlerinnen brachten mit ihrem flotten Spiel angenehme Abwechslung und zeigten gutes Können. Herr Kaldenbach erntete mit seinen Solovorträgen reichen Beifall. Das Weihnachtslustspiel „Der Geizhals“ wurde prächtig gegeben. Die 3 Teufel machten dem an Gehalt nicht zu übertreffenden Geiztragen ge hörig warm, so daß er aus lauter Höllelangst vom Wucherer zum Wohlthäter wurde und selbst dem armen Feiler seiner Tochter, der den Hölleknopf in Szene setzte, das Jawort gab. Das Kinderstück „Peter Lustig“ zeigte bei den Kleinen ganz erstaunliche Witzleistungen. Der tolle Kuckuck brachte mit seiner Wundergeige alles zu Wege. Eine tolle weitere Geschichte, die wahre Sachsalzen weckte. Da war es beinahe notwendig, daß der Sologänger „An der Weiser“ sanfte Dämpfung brachte. Das Gedicht „Du spät“ brachte aber schon wieder die Ladung

fein in Bewegung und nun erst gar das folgende Theaterstück „Die Frau ohne Kopf“, das in ergötzlichen Szenen die beiden eines Pantoffelhelden mit befriedigendem Ausgang schilderte. Den Schluß bildete das reizende Duett „Stadt- und Land mädchen“. Herr C. Meißel sprach Herrn Stadtpfarrer und allen Mitwirkenden den herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank auch allen Gebern und Spendern, dank deren Opfer willigkeit es möglich war, die Kinder mit Backwerk, Obst und Süßigkeiten, ja sogar mit einem köstlichen Weihnachtsessen. In allem: Es war eine würdige und gediegene Weihnachtsfeier.

Beiseitigen Wunsch entsprechend werden sämtliche vier Theaterstücke mit musikalischen Einlagen, unter Mitwirkung des Kirchenchores am Sonntag, den 7. Januar, 4 Uhr nachmittags, im Särsaal für die Allgemeinheit nochmals aufgeführt. Wir verweisen auf das Inserat.

Württemberg.

Stuttgart, 4. Jan. (Zum Streit der Viehhändler.) Der Bund gegen Wucher und Teuerung, der der Ansicht ist, daß der Stand der Viehhändler überhaupt überflüssig ist, fordert die landw. Organisationen und die Metzger auf, unmittelbar mit einander in Verbindung zu treten und auf die Mitwirkung des Viehhändlers zu verzichten. Das würt. Ernährungsministerium soll gegenüber den Forderungen der Viehhändler schweigen und ihnen die Handelsverhältnisse entsagen. Wie wir aber von anderer Seite erfahren, sind bereits Verhandlungen zwischen Ernährungsministerium und Viehhändler im Gange, wobei die Stuttgarter Stadtverwaltung als Fürsprecherin für die For derungen der Viehhändler auftrat. Die Forderungen der Viehhändler werden demnach höchst wahrscheinlich berücksichtigt werden.

Zettlingen, 4. Jan. (Hochherzige Schenkung.) Die Aktiengesellschaft für Feinmechanik, vorm. Zetter und Scherer, hat der Bezirkskrankenkassenverwaltung 200 000 Mark zukommen lassen mit der Bestimmung, diesen Betrag zur Tilgung der Krankenkassenschuld, die noch über 400 000 Mark beträgt, zu verwenden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 4. Jan. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 12 Ochsen, 5 Bullen, 26 Jung bulken, 25 Jungstiere, 33 Kühe, 150 Kälber, 87 Schweine, 9 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 45 000 bis 48 000, Bullen 1. 40 000 bis 43 000, Jungstiere 1. 47 000 bis 49 000, 2. 40 000 bis 45 000, Kühe 1. 34 000 bis 39 000, 2. 28 000 bis 32 000, 3. 20 000 bis 25 000, Kälber 1. 65 000 bis 68 000, 2. 60 000 bis 64 000, Schweine 1. 70 000 bis 73 000, 2. 65 000 bis 68 000 Mark. Ver lauf des Marktes: lebhaft bei geringer Zufuhr.

Kalen, 4. Jan. (Viehmarkt.) Dem Viehmarkt waren zu geföhrt: 12 Ochsen, 7 Stiere, 3 Färren, 20 Kühe, 59 Kalbchen und Jungvieh, 4 Kälber. Verkauf wurde 1 Färren zu 306 000 Mark, 2 Kühe zu 300 000 und 400 000 Mark, 21 Kal bchen und Jungvieh zu 100 000 bis 422 000 Mark das Stück, 1 Kalb zu 60 000 Mark. Der Handel war bei weihnünftig hohen Preisen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 4. Jan. Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs wird am Sonntag, 21. Januar, von vormittags 11 Uhr ab im Festsaal der Wieder halle stattfinden. Ihr voraus geht am Samstag die ge schlossene Vertreterversammlung der Partei. Die Landesver sammlung, in der der Führer der Gesamtpartei im Reiche, Reichstagsabg. Stresemann sprechen wird, ist öffentlich.

Stuttgart, 5. Jan. Minister des Innern Eugen Graf vollendete gestern sein 50. Lebensjahr. Leider liegt der hoch verdiente Minister immer noch im Marienhospital. Besteht die Aussicht der Bevölkerung, auch solche, die außerhalb seiner Partei stehen, denken feiner mit den herzlichsten Wünschen.

Stuttgart, 4. Jan. Durch Verordnung des Staats ministeriums vom 4. Januar 1923 sind in § 12 der R. Verordnung vom 14. März 1853 bestimmte Beträge zur Gebäudebrandversicherung für die Gebäudelassen IV-VI verdoppelt worden. Gleichzeitig wurde das Ministerium des Innern zu künftigen Änderungen jener Verordnung ermächtigt.

Stuttgart, 4. Jan. Die Süddeutschen Forstverwaltungen und Waldbesitzerverbände von Württemberg, Bayern, Baden und Pfalz haben eine Vereinbarung getroffen, die Brenn holzpreise den jeweiligen Kohlenpreisen anzupassen. Auf Grund dieser Vereinbarung werden Brennholztabellen ausgearbeitet, die die den verschiedenen Kohlenpreisen entsprechenden Brennholz-Waldpreise enthalten, die für Ware mittlerer Art und Güte und mittlerer Abfuhrlage gelten und die demnach für Waldorte mit günstigen oder ungünstigen Abfuhrverhält nissen und für die Qualität des Holzes entsprechend zu er höhen oder zu ermäßigen.

Freiburg, 4. Januar. Die Gemeinde Möhringen in Oberbaden verkaufte einen Teil ihres Papierholzes, im ganzen 500 Kubikmeter, für 50 700 Mk. für den Kubikmeter. Dieser Preis kann als der höchste bezeichnet werden, der bisher für Papierholz erreicht wurde. Bei solchen Holzpreisen braucht man sich über die wahnsinnig hohen Papierpreise nicht zu wundern. Bedauerlich ist nur, daß auch die Gemeinden sich an dieser Preissteigerung beteiligen.

Berlin, 5. Jan. Der Schlichtungsausschuß des Reichs arbeitsministeriums hat gestern über die Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau verhandelt. Nach eingehenden Beratungen machten die drei Unparteiischen einen Vorschlag, dem aus verschiedenen Gründen weder die Vertreter der Arbeitgeber, noch die der Arbeitnehmer zustimmten. Ein Schiedsspruch kam deshalb nicht zustande. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Einigungsbestrebungen fortsetzen.

Berlin, 4. Jan. Die Reformpläne der Reichspostver waltung, deren Ausführung größtenteils einem besondern Sparkommissar obliegen, erstrecken sich vor allem auf die Wirtschaftlichmachung des Betriebs, die nach kaufmännischen Grundsätzen vorgenommen werden soll. Man strebt namentlich darnach, den Innenbetrieb zu vereinfachen, was bereits durch die Zusammenziehung einzelner Zweige der Verwaltung bis zu einem gewissen Grade erreicht worden ist. Dem durch

die Einführung des Achtstundentags bewirkten Mehraufwand an Personal sucht man durch Erziehung der menschlichen Kraft durch mechanische Einrichtungen wettzumachen. Um die Leistungsfähigkeit des Personals juggemäß auszunutzen, ist ein Prüfungssystem, ähnlich dem Tailorverfahren, in Vorbereitung, 12 000 Dienstboten hat man bereits abgebaut, die gleiche Zahl soll noch bis März 1923 beseitigt werden. Um den Etat zu balancieren, drängt die Reichspostverwaltung darauf, daß die Ausgaben für Kontrollzwecke, in Sonderheit die Aufwendungen für die Preise aus der allgemeinen Finanzverwaltung, beschränkt werden. Was die Auswirkung der Tarifserhöhungen anbelangt, so ist ein ständiger und bemerkenswerter Rückgang lediglich im Briefverkehr zu ver zeichnen, der sich um 30 bis 40 v. H. vermindert hat.

Hamburg, 5. Jan. Der Hamburger Dampfer „Fundus“, der hier eine Getreideladung einnahm, ist, da bei Reparaturarbeiten an einer Maschine Wasser einbrang, gekentert und gesunken. Der Cuxhavener Fischdampfer „Finkenwerder“ ist im Sturm gestrandet. In beiden Fällen konnte die Mann schaft sich retten.

Paris, 5. Jan. In einem Telegramm an den fran zösischen Botschafter in Washington kritisiert Poincaré die Erklärungen des deutschen Außenministers über den Vor schlag eines Sicherheitspaktes, der die Räumung des linken Rheinufers bezwecke, bevor Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Der Pakt würde Deutschland volle Freiheit lassen, die Verbündeten oder Neutralen anzugreifen, um die von Dänen oder Polen bewohnten Gebiete wieder an sich zu reißen und seine Vorherrschaft in Europa wieder vorzu bereiten. (Anmerkung W. L. S.: Eine Antwort auf die Behauptungen Poincarés wird, wie wir hören, nicht aus bleiben.)

Paris, 5. Jan. Poincaré wandte sich in der gestrigen Konferenzsitzung gegen einzelne von Bonar Law vorgelegte gemachte Bemerkungen. Die Annahme, Deutschland könne in zwei Jahren Anleihen von 25 Milliarden Goldmark abschließen, sei bei der Bedeutung der deutschen Goldanlagen im Ausland durchaus nicht absurd. Die französische Be rechnung über die Herabsetzung der deutschen Schuld durch den englischen Plan werde aufrecht erhalten. Es treffe nicht zu, daß die Forderung, Sachlieferungen in der für 1922 vorge sehenen Höhe zu leisten, die deutsche Regierung zwingen, in Papiermark zu bezahlen und den Marksturz zu beschleunigen. Diese Verpflichtung bedeute zweifellos eine Last für Deutsch land, aber die Schwierigkeiten rührten namentlich vom Ver sagen des Wollens und von dem systematischen Willen her, sich dem Gedanken der Reparation zu widersetzen.

Paris, 4. Januar. Marquis delle Loretta erklärte auf eine Anfrage nach Schluß der gestrigen Sitzung der Konfe renz: Ich habe noch nicht den Standpunkt der italienischen Regierung auseinandergesetzt. Ich werde erst morgen sprechen. Alles, was ich für den Augenblick sagen kann, ist, daß ich keine große Hoffnung auf ein Ergebnis der Konfe renz habe. Ich verweiße allerdings noch nicht an ihrem Ausgang.

London, 4. Jan. Wie die „Times“ melden, hat der britische Eisenbahnerbund beschlossen, dem deutschen Eisen bahnerverband eine Anleihe von 2000 Pfund Sterling zu gewähren, da letzterer sich in schwieriger finanzieller Lage befindet und die englischen Kollegen um Hilfe gebeten habe.

London, 4. Januar. „Daily Mail“ berichtet: Da Bonar Law sich gestern weigerte, den französischen Repara tionsplan in Betracht zu ziehen, und da Poincaré es abgelehnt habe, die diplomatischen Vorschläge zu erörtern, sei es wahrscheinlich, daß die Pariser Konferenz heute nach mittag auseinandergehen werde, ohne ein Abkommen zu er zielen. Frankreich werde dann seinen Plan, nach dem 15. Januar allein gegen Deutschland zu handeln, vervoll ständigen. Man erwarte, daß die britische Delegation heute abend aus Paris nach London abfahren werde und daß gleich nach ihrer Rückkehr eine Kabinettsitzung einberufen werde, um die vollkommen neue europäische politische Lage, die jetzt entstanden sei, zu erörtern.

Moskau, 4. Jan. „Istwestija“ erklärt in einem Leit artikel: Rußland ist nicht reich an Gold und Silber, aber unsere Bedürfnisse an Edelmetallen sind außerordentlich groß. Der erste Hebel gegen die Kirchenschätze brachte uns die lächerliche Menge von kaum 100 Tonnen Silber für ganz Rußland. Wir müssen mehr haben und eine neue Suche nach Kirchenschätzen einleiten. An einigen Blöhen ist der Versuch bereits gemacht worden, und es hat sich gezeigt, daß die Kirche noch immer viel zu vergeben hat. Eine neue Generalinspektion der Kirchen wird ohne Zweifel recht er gebnisreich sein.

New-York, 5. Jan. Nach einer Meldung aus Wash ington verlautet von zuständiger Seite, daß die Regierung für die Annahme des Entwurfs des Senators Robinson be treffend die Vertretung der Vereinigten Staaten in der Re parationskommission sei. Sie habe eine amtliche Vertretung immer als wünschenswert erachtet, sehe jedoch auf dem Standpunkt, daß es Sache des Senats sei, der einen ähnlichen Vorschlag Wilsons abgelehnt habe, hierüber Beschluß zu fassen.

Kleine Anfragen.

Stuttgart, 4. Jan. Die Abgg. Stetter, Schmid und Gen. haben eine kleine Anfrage eingebracht, in der es heißt: Laut Zeitungsmedlungen und uns von anderer Seite zugegangenen Nachrichten soll die Zeitung der würt. Staatspolizei Personen übertragen worden sein, die durch ihre bisherige Tätigkeit den Beweis zur Genüge erbracht haben dürften, daß sie entschiedene Gegner der heutigen republikanischen Staatsform und schärfste Klassenfeinde der Arbeiterklasse sind. Sind die in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Meldungen richtig? Ist das Staats

Jeder alte Stroh- und Hühner wird wie neu umgearbeitet. Hutfabrik Sattler & Czarnowicz, Holzheim, Straße 298. Annahmestelle: Holzheim, Glauner, Schloßberg 4. Hohen, Dillingen. Wittbad, Walter Hüder König-Rasthof.

ministerium bereit, dem Senat vorterrung Ausschluß zu geben der Zeitung der Staatspolizei traut werden sollen? Im übrigen die etwaige Ermennung der Persönlichkeiten Schäffer und Kleinle Anfrage Schmid und der Frage eines Darlehens be zügliche Arbeiterzeitung, das bei bestellten Kommission beantragte Verwaltung nicht genehmigt Aufnahme von Gemeindevollzeib die Abgg. Winkler und Resper das Staatsministerium genehmigt erachtet wird: 1. ob durch Aufhebung des Personalstandes erzielt werden soll oder welche andere Mittel in Betracht kommen; 2. wie die Aufnahmen getroffen wurde, insbe sondere Gemeindevollzeibeamten auf die verschiedenen zurückzuführen sind die Ablehnungsgründe ermittelt werden; 3. welche Maßnahmen hierzu zu ergreifen sind die Aufstellungen eingeleiteten Innen im Polizeiausschuß be amten gegeben hat.

News Telegramm.

München, 4. Jan. Der Reichstag hat eine Erklärung für die in der es heißt: „Mit bangen und rechts des Rheins der En Protokoll hat kundgetan wie in ganzer Seele gewollt die von Rhein mit den deutschen W menschenleben. Der Kreislauf Kreislauf, eins mit den sämtlichen Welt darauf hinweist, daß er Sicherheit nur schwer Gefährdung der Bevölkerung und deutsche Die Platz hat im Laufe der ten, sie hat trotzdem auch nicht wird auch in Zukunft dem deu

Abbruch d.

Paris, 4. Jan. Die Kom Deltagierten verlassen morgen land zurück. Das was melde d Bonar Law haben nach der R welche die Unstimmigkeit in d Die Erklärungen Poincarés v fenstlich werden. Die englisch die belgische morgen abend ab der französischen, der italienisch nach Besprechungen statt.

Die englisch

Paris, 4. Jan. Die brit gan einig Minuten nach d Radmittagsitzung verlas die italienischen Vorschläge, die n sächlichen Plan merklich nabele Beschlagnahme der Pfänder a torium anschließen. Wie Da Poincaré die gefern von Bu dungen beantwortet. Im An sche Ministerpräsident die Er frühen Radmittags der Konfe die gefern von Poincaré geäu beantwortet wurde. Der fran daß er sie zur Kenntnis genü genige, festzustellen, daß diese Pfänderbeschlagnahme, den d erlässig erachte, ablehne, und erscheine, in die von Bonar L treten. Indessen wurde auf gation und der belgischen Be delegationen für sich den en mlichen Pläne einer Prüfung ferenzverhandlungen nach ein würden. Die belgische, die le legation gegen sich darauf geht zurück, um die gewünschte ra während die englische Delegati Wiederannahme dauerte die Der Eindruck von dem erzie Hobas den bereits am Vormit kommen einer Einigung sei n lich. Unter diesen Umständen scheinlich heute abend ausma

Erklärungen Bonar

Paris, 4. Jan. (Havas. - Schluß der Sitzung der Kom geben: Die Regierung Sr. M sächlichen Vorschläge mit groß zu der klaren Einsicht gekom man sie zur Ausführung brin steigen werden, die sie erreicht erste und selbst unbelobte E Europas nach sich ziehen werde sich die britische Regierung di fen, noch eine Verantwortung gierung Sr. Majestät will ab der französischen Republik ver bedauert, daß eine unversöhn einer so ernstlichen Angelegenheit freundschaftlichen Gefühle nich sondern, wie sie überzeugt ist, der französischen Regierung un ändert bleiben.

Ministerpräsident Poincaré abgelesen: Die Regierung hat ihrerseits die britischen Vof für strenge geprüft. Je meh mußte sie erkennen, daß sie ei

schlundentags bewirkten Mehraufwand an durch Erhebung der menschlichen Einrichtungen weltzumachen. Um des Personals sinngemäß auszunutzen, ähnlich dem Tailorverfahren, in Dienstboten hat man bereits abgebaut, noch bis März 1923 beseitigt werden. Hierin drängt die Reichspostverwaltung ab für Kontrollzwecke, in Sonderheit die Preise aus der allgemeinen Mitteln werden. Was die Auswirkung anbelangt, so ist ein ständiger und beständig leblich im Briefverkehr zu vermindern bis 40 v. D. vermindert hat.

Der Hamburger Dampfer „Fundus“, der die Reparationsarbeiten einnahm, ist, da bei Reparaturarbeiten Wasser einbrang, gekentert und der Fischdampfer „Finkenwerder“ ist in beiden Fällen konnte die Mann-

In einem Telegramm an den französischen Außenminister über den Vorposten, der die Räumung des linken Ufer von Deutschland seine Verpflichtungen nicht würde Deutschland volle Freiheit über Neutrale anzugreifen, um die in bewohnten Gebiete wieder an sich zu beschaffen in Europa wieder vorzuziehen. Eine Antwort auf die dies wird, wie wir hören, nicht aus-

Poincaré wandte sich in der gestrigen Sitzung von Bonar Law vorgetreten. Die Annahme, Deutschland könne von 25 Milliarden Goldmark abgeben, die Bedeutung der deutschen Goldanlagen nicht absurd. Die französische Behörde der deutschen Schuld durch den aufrecht erhalten. Es treffe nicht zu, nachlieferungen in der für 1922 vorgezogen, die deutsche Regierung zwingen, in den den Markt für zu beschleunigen. Heute zweifellos eine Last für Deutschland, von dem systematischen Willen her, die Reparation zu wiederholen.

Marquis de Loretta erklärte auf Verlangen der gestrigen Sitzung der Konferenz nicht den Standpunkt der italienischen Delegation. Ich werde erst morgen über den Augenblick sagen kann, die Hoffnung auf ein Ergebnis der Konferenz allerdings noch nicht an ihrem

Wie die „Times“ melden, hat der Reichstag beschlossen, dem deutschen Eisenwerk von 2000 Pfund Sterling zu zahlen in schwieriger finanzieller Lage. Die Kollegen um Hilfe gebeten habe. „Daily Mail“ berichtet: Da man weigerte, den französischen Reparations zu zahlen, und da Poincaré es diplomatischen Vorschläge zu erbeten, daß die Pariser Konferenz heute nach werden, ohne ein Abkommen zu erreichen. Die deutsche Regierung hat sich zu erwidern. Nach einer Meldung aus Washington, daß die Regierung Entwurfs des Senators Robinson bei der Vereinigten Staaten in der Republik. Sie habe eine amtliche Vertretung wert erachtet, siehe jedoch auf dem Sache des Senats sei, der einen Abnähm abgelehnt habe, hierüber Beschluß

„Itwestja“ erklärt in einem Leitartikel reich an Gold und Silber, aber Edelmetalle sind außerordentlich groß. Die Kirchenschätze beachte uns die kaum 100 Tonnen Silber für ganz mehr haben und eine neue Suche anleiten. An einigen Plätzen ist der worden, und es hat sich gezeigt, daß er viel zu vergeben hat. Eine neue Kirchen wird ohne Zweifel recht er-

Nach einer Meldung aus Washington, daß die Regierung Entwurfs des Senators Robinson bei der Vereinigten Staaten in der Republik. Sie habe eine amtliche Vertretung wert erachtet, siehe jedoch auf dem Sache des Senats sei, der einen Abnähm abgelehnt habe, hierüber Beschluß

Die Abg. Steiner, Schmid und Gen. wurde eingeleitet, in der es heißt: Laut und von anderer Seite zugegangen. Die Regierung der würt. Staatspolizei Personen, die durch ihre bisherige Tätigkeit den Verdacht haben dürften, daß sie entscheidende republikanischen Staatsform und schärfste der Klasse sind. Sind die in verschiedenen den Meldungen richtig? Ist das Staats-

Ministerium bereit, dem Landtag und damit der würt. Bevölkerung Aufschluß zu geben darüber, welche Personen mit der Leitung der verstaatlichten Posten betraut sind oder betraut werden sollen? Im übrigen wird in der Anfrage gegen die etwaige Ernennung der in der Öffentlichkeit genannten Persönlichkeiten schärfster Einspruch erhoben. Eine weitere kleine Anfrage Schmid und Gen. (Rom.) beschäftigt sich mit der Frage eines Darlehens von 2 Mill. Mark an die Süddeutsche Arbeiterzeitung, das bei der vom Zeitungsverlegerverein bestellten Kommission beantragt, aber von der Staatskassenverwaltung nicht genehmigt worden sei. — Zur Nichtübernahme von Gemeindepolizeibeamten in den Staatsdienst haben die Abg. Winter und Resler (Sog.) eine kleine Anfrage an das Staatsministerium gerichtet, in der um Auskunft darüber ersucht wird: 1. ob durch die Nichtübernahme eine Einschränkung des Personalstandes und somit eine Ausgabepersönlich erzielt werden soll oder welche anderen Abwehrmaßnahmen maßgebend sind; 2. wie die Auswahl der zu übernehmenden Beamten getroffen wurde, insbesondere ob die Ablehnung von Gemeindepolizeibeamten auf Verweigerung der Gemeindeverwaltungen zurückzuführen sind oder auf welchem anderen Wege die Ablehnungsgründe ermittelt wurden, sowie ob die Beamtenvertretungen hierzu gehört worden sind; 3. in welcher Weise die Versicherungen eingehalten wurden, die der Minister des Innern im Volksentscheid des Landtags zum Schutz der Beamten gegeben hat.

Neues Treuegelöbniß aus der Pfalz.

München, 4. Jan. Der Kreisrat der Pfalz hat einstimmig eine Erklärung für die pfälzische Bevölkerung abgegeben, in der es heißt: „Mit banger Sorge sieht deutsche Treue links und rechts des Rheins der Entwicklung entgegen. Flommender Protest hat künftighin, wie unerschütterlich geschlungen und von ganzer Seele gewollt die Bande sind, die das Volk links des Rheins mit den deutschen Brüdern rechts des Rheins zusammenfassen. Der Kreisrat schließt sich einmütig mit dem Reichstag, einmütig mit den sämtlichen Wägern, wenn er vor aller Welt darauf hinweist, daß er Veränderungen ablehnt, die mit Sicherheit nur schwere Gefährdung des wirtschaftlichen Wohls der Bevölkerung und deutschen Kultur in sich schließen könne. Die Pfalz hat im Laufe der Jahrhunderte oft und viel gelitten, sie hat trotzdem auch nie aufgehört, deutsch zu sein. Sie wird auch in Zukunft dem deutschen Volke die Treue bewahren.“

Abbruch der Konferenz.

Paris, 4. Jan. Die Konferenz ist beendet. Die englischen Delegierten verlassen morgen früh Paris und kehren nach England zurück. Sabas meldet dazu ergänzend: Poincaré und Bonar Law gaben nach der Nachmittagspause Erklärungen ab, welche die Unmöglichkeit in der Reparationsfrage feststellten. Die Erklärungen Poincarés und Bonar Laws werden veröffentlicht werden. Die englische Delegation wird morgen früh, die belgische morgen abend abreisen. Morgen finden zwischen der französischen, der italienischen und der belgischen Delegation noch Besprechungen statt.

Die entscheidende Sitzung.

Paris, 4. Jan. Die dritte Vollversammlung der Konferenz begann einige Minuten nach drei Uhr. Zu Beginn der heutigen Nachmittagspause verlas Marquis de Loretta die neuen italienischen Vorschläge, die nach der Agence Sabas dem französischen Plan merklich nahekommen und sich vor allem der Befehlsgewalt der Pfänder als Gegenleistung für das Moratorium anschließen. Wie Sabas weiter berichtet, hat dann Poincaré die gestrigen von Bonar Law vorgebrachten Einwendungen beantwortet. Im Anschluß daran verlangte der englische Ministerpräsident die Erörterung einer Note, die er am frühen Nachmittag der Konferenz übergeben hatte, und in der die gestrigen von Poincaré geübte Kritik an dem englischen Plan beantwortet wurde. Der französische Premierminister erklärte, daß er sie zur Kenntnis genommen habe, und daß es ihm genüge, festzustellen, daß dieses Dokument den Grundgedanken der Pfänderbefehlsgewalt, den die französische Regierung für unerlässlich erachte, ablehne, und daß es ihm deshalb unmöglich erscheine, in die von Bonar Law verlangte Erörterung einzutreten. Indessen wurde auf Drängen der italienischen Delegation und der belgischen Vertreter vereinbart, daß jede der Delegationen für sich den englischen Entwurf und die italienischen Pläne einer Prüfung unterziehen solle und die Konferenzverhandlungen nach einer Stunde wieder aufgenommen würden. Die belgische, die italienische und die französische Delegation sagen sich darauf jede in einen besonderen Raum zurück, um die gewünschte rasche Überprüfung vorzunehmen, während die englische Delegation sich in ihr Quartier begab. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nur ganz kurze Zeit. Der Eindruck von dem ersten Teil der Sitzung bestätigte nach Sabas den bereits am Vormittag festgestellten. Das Zustandekommen einer Einigung sei nach wie vor völlig unvorhersaglich. Unter diesen Umständen werde die Konferenz wahrscheinlich heute abend auseinandergehen.

Erklärungen Bonar Laws und Poincarés.

Paris, 4. Jan. (Sabas. — Antik.) Bonar Law hat am Schluß der Sitzung der Konferenz folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung St. Rose hat, nachdem sie die französischen Vorschläge mit größter Aufmerksamkeit geprüft hat, zu der klaren Einsicht gekommen, daß diese Vorschläge, wenn man sie zur Ausführung bringt, nicht nur nicht die Ergebnisse zeitigen werden, die sie erreichen sollen, sondern wahrscheinlich ernste und selbst unheilvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas nach sich ziehen werden. Unter diesen Umständen kann sich die britische Regierung diesen Vorschlägen weder anschließen, noch eine Verantwortung hierfür übernehmen. Die Regierung St. Rose will aber zu gleicher Zeit der Regierung der französischen Republik versichern, daß sie es außerordentlich bedauert, daß eine unersöhnliche Meinungsverschiedenheit in einer so ernsten Angelegenheit besteht, daß aber dadurch die freundschaftlichen Gefühle nicht nur der britischen Regierung, sondern, wie sie überzeugt ist, des britischen Volkes gegenüber der französischen Regierung und dem französischen Volk unbeeinträchtigt bleiben.

Ministerpräsident Poincaré hat hierauf folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung der französischen Republik hat ihrerseits die britischen Vorschläge sehr aufmerksam und sehr streng geprüft. Je mehr sie sie studiert hat, desto mehr mußte sie erkennen, daß sie eine wesentliche Herabsetzung der

französischen Forderungen in sich schließen, sowie ein Umstoßen des Vertrages von Versailles, und daß es daher unmöglich ist, eine derartige Lösung anzunehmen. Die Regierung der französischen Republik bedauert es lebhaft, daß sie sich über diese ernste Frage mit der britischen Regierung nicht hat einig werden können, aber sie dankt der britischen Regierung für ihre freundschaftlichen Gefühle und sie kann ihr die Versicherung geben, daß trotz dieser Verschiedenheit der Ansichten die Gefühle der Regierung der französischen Republik und der französischen Nation gegenüber England unveränderlich herzlich bleiben werden.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 5. Jan. Nach den gestern abend hier eingetroffenen Nachrichten ist die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen. Es hat sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte nicht einmal dem englischen Reparationsplan, der eine Gesamtschuld Deutschlands mit einem Gegenwert von nahezu 40 Milliarden Goldmark vorschlägt, eine Summe, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei weitem überschritten hätte, ihre Zustimmung erteilen wollten. Die Konferenz ist nicht nur in Deutschland, sondern von den Einsichtigen aller Länder begrüßt worden in der Hoffnung, daß endlich — vier Jahre nach Beendigung des Krieges — das Reparationsproblem eine ausführbare Lösung finden und daß Deutschland und ganz Europa aus dem wirtschaftlichen Chaos, in das es durch die politische Behandlung dieses rein wirtschaftlichen Themas geführt worden ist, herausgebracht werden könnte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die deutsche Regierung hat in ersten Besprechungen mit den maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands angestellt und das Ergebnis der Vorschläge, die bis an die äußerste Grenze dieser so festgesetzten Leistungsfähigkeit gingen, schriftlich niedergelegt. Sie hat an die Konferenz das Ersuchen gerichtet, diese Vorschläge entgegenzunehmen und durch einen Bevollmächtigten der deutschen Regierung erläutern zu lassen. Deutschland ist nicht gehört worden, obwohl es nach dem Friedensvertrag einen Anspruch darauf hat. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden, während auf der unter dem Vorsitz Bonar Laws tagenden Londoner Konferenz die deutschen Vorschläge wenigstens in Empfang genommen und geprüft worden sind. Die deutsche Regierung hat angelehnt der Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung finden konnten, der Konferenz unangefordert zur Kenntnis zu bringen. Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die Regierung an der Ueberzeugung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Ruin bewahren kann. Sie wird sich von dem Weg, wie er durch die Note vom 14. November und die darauf folgenden Erklärungen vorgezeichnet und wie er vom Reichstag gebilligt worden ist, nicht abbringen lassen.

Berlin, 5. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die Reichsregierung voraussichtlich heute vormittag in einer Kabinettsitzung über den Abbruch der Pariser Konferenz Stellung nehmen werde. — Wie mehrere Blätter mitteilen, ist eine vorzeitige Einberufung des Reichstags nicht beabsichtigt. Für Anfang nächster Woche werde jedoch der Kaiserliche Ausschuss einberufen werden. Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß der Reichskanzler voraussichtlich diese Gelegenheit benutzen werde, um Erklärungen abzugeben.

Bersäumte Abonnements auf den „Enztäler“

Können bei allen Postämtern, Postboten und Agenturen, in der Stadt beim Verlag und den Ansträgerinnen nachgeholt werden.

Erkiesene Nummern werden nachgeliefert. Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Die Berliner Presse zum Abbruch der Pariser Konferenz.

Berlin, 5. Jan. Die durch den Abbruch der Pariser Konferenz entstandene Rechtslage charakterisieren die Blätter übereinstimmend folgendermaßen: Solange der Vertrag von Versailles noch gilt, hat Deutschland nur mit der Reparationskommission zu tun. Erst muß die Reparationskommission das Moratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Januar fälligen Betrag nicht bezahlt haben, eine vorsätzliche Verletzung feststellen und eine Einigung der Mächte über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt sein, erst dann sind Sanktionen vertragsgemäß zulässig. Führt Frankreich also auf eigene Faust einen Ueberfall auf Deutschland aus, dann macht es, wie sämtliche Blätter betonen, den Vertrag von Versailles zu einem toten Papier und ferner wird es vertragsbrüchig auch seinen Verbündeten gegenüber, denen damit die Pflicht anfällt, Deutschland in der Rechtschaffenheit, die ihm der Vertrag gelassen hat, zu schützen. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt: Die französische Regierung beweist von neuem, daß es ihr nicht auf eine Erledigung der Reparationsfrage, sondern auf eine machtpolitische Befriedigung imperialistischer Gelüste ankommt. Ein furchtbares Verbrechen in Europa bereitet sich vor. Das deutsche Volk wird in Stolz und Ruhe einmütig zur Regierung stehen. Schwere Stunden liegen vor uns. Sie sollen ein starkes Geschlecht finden. — Auch das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet als die Parole der Stunde die Zurückweisung aller inneren Feinde, die völlige nationale Geschlossenheit und Entschlossenheit, ungedulden Forderungen die Stirn zu bieten und die Forderungen zu tragen. — Der „Berliner Lokalanzeiger“, der den Gedanken an einen Krieg wegen der Wehrlosigkeit Deutschlands als Tollhänke bezeichnet, fragt: Verzagen? Rimmermehr! Auch dieser Wahn wird sich auflösen, so trübe die Zeiten vor uns stehen. Nur wenn Deutschland sich selbst aufgibt, ist es verloren.

Androhung eines französischen Ultimatus.

Paris, 4. Jan. In offiziellen französischen Kreisen nimmt man an, daß Deutschland die französischen Forderungen, die nach Ablauf des 15. Januar in Form eines Ultimatus an die

deutsche Regierung gerichtet werden sollen, nicht annehmen wird. In diesem Falle würde nach dem Plan des Marschalls Koch die sofortige Besetzung von Essen und Bochum, sowie eines weiteren Teils des Ruhrgebietes vorgenommen werden. Genauere Angaben über die notwendige Truppenstärke werden nicht gemacht. Es ist aber abersichtlich, daß drei Divisionen eingesetzt werden sollen, um Essen und Bochum zu besetzen, da man es für wichtig hält, daß die Franzosen der zu erwartenden industriellen Unruhen im Ruhrgebiet sofort Herr werden. In besonders großem Maße sollen Tank-Patrouillen benutzt werden. In dem zurzeit besetzten rheinischen Gebiet hält man eine Verstärkung der französischen Truppen nicht für notwendig.

Amerika und die Pariser Konferenz.

Paris, 5. Jan. Der „New-York Herald“ meldet aus Washington, daß die Regierung ausführliche Berichte der Verhandlungen der Pariser Konferenz von dem amerikanischen Botschafter Herrick und dem Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, Hayden, erhalten hat und daß man sich in Regierungskreisen für die Vorgänge lebhaft interessiert. Es verlautet, daß Harding hinsichtlich der künftigen Stellungnahme die entscheidendste Haltung einnehmen werde. Der Präsident sei entschlossen, dahin zu wirken, daß die Reparationsfrage gelöst werde. Er sei bereit, auch das beste Mittel Amerikas anzuwenden, um eine Verständigung zu erreichen, obwohl es natürlich möglich sei, daß die Bemühungen der Vereinigten Staaten nicht erwünscht sein würden. In diesem Falle werde nichts getan werden, um ein amerikanisches Eingreifen bei den Mächten durchzuführen.

Biehzuchtgenossenschaft für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Die Aufnahme des angemeldeten Juchtwiehs findet in diesem Monat statt. Weitere Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete entgegen.

Neuenbürg, den 4. Januar 1923.

Dr. Müller, Oberamtsärzt.

Die Ortsagenten des G. E. L. vom Bezirk Neuenbürg

werden am Sonntag, den 7. ds. Mt., nachmittags 1/2 2 Uhr, in „Ochsen“ in Schwann zu einer

Versammlung

zwecks Zusammenschluß zur Vertretung ihrer Interessen eingeladen.

Im Auftrage mehrerer Ortsagenten: Schmid.

Mebger-Innung Neuenbürg-Wildbad Sitz Wildbad.

Von heute an treten nachstehende Fleischpreise in Kraft:

Ochsenfleisch	p. Pfd.	Mt. 650
Rindfleisch 1. Klasse	„ „	Mt. 650
Kalbfleisch	„ „	Mt. 710
Schweinefleisch	„ „	Mt. 850
Lammfleisch	„ „	Mt. 730

Vorzug der Zeitungs-Reflexe!

Warum ist die Tageszeitung allen anderen Werbemitteln überlegen?

1. Die Tageszeitung wird von allen Bevölkerungsschichten gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt überall auf und wird täglich und stündlich von Hunderten und Tausenden an zahlreichen Verkehrs- und Geschäftskreisen zur Hand genommen. Verbreitung und Gesehenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.
2. Der Leser widmet selbst in dieser hastenden, flüchtigen Zeit der Lektüre seines Blattes ruhige Aufmerksamkeit; seine Interessen sind mit den darin enthaltenen Nachrichten aufs engste verknüpft, und der Anzeigenteil namentlich vermittelt ihm in Angebot und Nachfrage die wichtigsten Anregungen.
3. Die Anzeigenbesteller haben die Gewißheit, daß sie mit ihren Anpreisungen die breitesten Schichten erreichen, die erste Voraussetzung für wirkliche Werbeerfolge.
4. Die Tageszeitung bringt schnell und pünktlich und in kurzen Abständen bis in das entlegenste Dorf und wird auch dort zur Trägerin lebendiger Werbestraft.
5. Jede Zersplitterung der Werbetätigkeit vermindert ihren Wert. Die Zeitungsreflexe vermeiden solche, Erfolglicher inserieren im

„Enztäler“.

Verlobungs-Anzeigen

in Karten und Briefform liefert rasch und preiswert C. MEEH'sche Buchdruckerei, Inh. D. Strom

Bekanntmachung betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtertrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1922 bis spätestens Ende Januar 1923 dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

Auch Kleinstbetriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 \mathcal{M} Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufem gezahlt zu werden pflegt.

Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 \mathcal{M} erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, kann ein Steuerzuschlag bis zu 10 v. H. auferlegt werden.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steueranteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

In den Bezirksorten werden die Steuererklärungen von den Ortssteuerämtern entgegengenommen.

Neuenbürg, den 3. Januar 1923.

Finanzamt.
Mangold.

Stadtpflege Neuenbürg.
Schlagraum-Verkauf
am Montag, den 8. Januar,
abends 8 Uhr, im Rathaus
aus der Abteilung untere
Mitteebene.

**Reifig-Brennholz
vom Sägerweg.**
Verkauf am selben Tag nach-
mittags 1/2 Uhr. Zusammen-
kunft an der Eisenfurt.

Stadtpfleger Essig.
Neuenbürg.
Unserem Freunde Eugen
Wielke zu seinem
21. Wiegenfeste
ein im Schallerortel an-
fangendes und im Millionen-
ortel verknallendes don-
nerstags

Hoch.
s. a.

Neuenbürg.
Einen wenig gebrauchten
Herd
verkauft
Christian Mech,
Ofengeschäft.

Obernhäuser.
Ein schönes, erstklassiges
**Zucht-
Kind**
verkauft
Euz.

Auslands-
Deutscher kauft Oekonomie,
Guthaus, Geschäftshaus od.
Industrieobjekt als Kapital-
anlage. Versteht sich auf
nicht nötig. Bezieht sich auch
an gutem J. kultiv. und
Handelsunternehm. Off. ten
unter N. B. 2294 an Rudolf
Masse, Stuttgart.

Gemeinde Arnbach.
**Stammholz-
Verkauf.**

Die Gemeinde verkauft am **Dienstag, den 9. Januar 1923** aus der Abteilung 20, Kohlplatte, im Wege des schriftlichen Aufstreichs:

Langholz: 68,40 Fm. I., 97,86 Fm. II., 14,35 Fm. III., 1,28 Fm. IV. und 0,59 Fm. V. Rl.;
Sägholz: 1,45 Fm. I., 6,31 Fm. II. und 0,81 Fm. III. Klasse.

Als **Bedingungen** gelten die allgemeinen Bedingungen des Waldbesitzerverbands.
Bedingungslose Angebote, in Prozenten der Forstpreise vom 1. November 1922 ausgedrückt, wollen bis **Dienstag, den 9. Januar 1923, vormittags 1/10 Uhr**, beim Schultheißenamt eingereicht werden.
Der um 10 Uhr erfolgenden Öffnung der Angebote können die Bieter anwohnen.
Auszüge erteilt Waldmeister König.
Den 30. Dezember 1922.

Gemeinderat.

Wüzbach (O. A. Calw).
**Nadelstammholz-
Verkauf.**

Aus dem Gemeinewald Abtlg. Hardt und Möhberg kommen im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:
Lannen: 202 Stück mit 85,23 Festm.
Förden: 369 Stück mit 322,21 Festm.
in 7 Losen.

Die unterschriebenen Angebote, in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. 11. 22. ausgedrückt, wollen verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ bis **Samstag, den 13. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr**, beim Schultheißenamt eingereicht werden, wo auch die Bedingungen aufliegen. Abschl. gütlich.
Leber Zuschlag wird sofort Bescheid erteilt.
Losverzeichnisse durch Waldmeister Fenschel.
Gemeinderat.

Visitenkarten
liefert rasch und billig
die C. Mech'sche Buchdruckerei.

Lieferung von Abfall- und Reifigholz.

Für die Reichsbahn werden **Bündelholz**, 50—100 cm lang, **Spreiellochholz**, lose, und **Reifigholz** aus Laub- oder Nadelholz, etwa 1 Mtr. lang und 1 Meter im Umfang zu **kaufen gesucht**. Angebote mit Preis für 100 Kilo frei Eisenbahnwagen an **Eisenbahnhauptmagazinverwaltung Ohlingen a. N.**

Statt Karten.

Walter Siegfried

Wir zeigen in dankbarer Freude die glückliche Geburt eines

gesunden Knaben

an.

G. Rothfuss mit Frau
Anna, geb. Seuffer.

Herrenalb, 5. Januar 1923.

Wiederholung der Weihnachtsaufführung der Kath. Kirchengemeinde

am **Sonntag, den 7. Januar 1923, nachmittags 4 Uhr**, im „Bären“-Saal für die Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung.

Zur Aufführung gelangen vier Theater-Stücke, Gesangs- und Musik-Vorträge.

Der Reinertrag ist für wohltätige Zwecke. Die Höhe des Eintrittsgeldes wollen wir dem Einzelnen überlassen. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Saalführung: 8 Uhr.

Achtung! Birkenfeld. Achtung!
Mühle und Gasthaus zur „Sonne“.

Von heute ab sind meine
Wirtschafts-Lokalitäten geschlossen
zwecks Umwandlung der Räume in einen Fabrikbetrieb. Aus diesem Anlaß verkaufe ich freihändig das
Wirtschafts-Inventar

an den Meistbietenden gegen bar. Der Verkauf findet am **Samstag, den 13. Januar 1923, vormittags 9 Uhr** ab, statt. Zum Verkauf ist folgendes ausgelegt:

1 Wirtschaftsbüffet mit Aufsatz, Tafeln, Tische, Stühle, Bänke, 1 Regulator, 1 großes Orchesterion (Musikautomat, auch zu einem Bücherschrank geeignet), Geschirr, Bestecke, Bier- und Wein-gläser, Flaschen, ovale Lärlesfässer, ca. 60 Liter Schnaps, ca. 600 Liter Füllweinschalen (eingeschlagen), 2 neue ungebrauchte Zimmeröfen, 3 neue verglaste Kreuzhölzer, 140x100, eine Bretterhütte, neu, geeignet zu einem Stall, und Verschiedenes.
Es ladet ein

Jos. Hussl.

Neuenbürg.
Wir suchen ein fleißiges,
braves
Mädchen
für unsere Küche auf 1. Februar.
Bezirkskrankenhaus.

Feldbrennach.
Hefe
empfiehlt
Carl Bloch

Arnbach.
Einen Wurf
**Milch-
Ishweine**
und zwei schöne
Vänserschweine
verkauft
Karl Poggang.

Stier,
sowie ein 4 Monate altes,
erstklassiges
Zuchtrind
zu verkaufen.
Karl Jäd III.

Pfannkuch & Co.

Große
Zettheringe

**Rollmops u.
Bismard-
Heringe**
offen und in 4 Liter-
Dosen.

Sardinen
offen und in kleinen
Fässchen,
**Salzgurken
Eisiggurken**

Pfannkuch & Co.

Suche 10—12 Zentner
Heu

gegen Brennholz od. Kar-
toffeln einzutauschen.
Zu erfragen in der En-
tler-Geschäftsstelle.

**Schiefer-Tafeln
und
Griffel**
empfiehlt

C. Mech'sche Buchhandlung,
Joh. D. Strom.

**Gottesdienste
in Neuenbürg**
Samstag, 6. Januar,
Gedächtnisfest.
10 Uhr Beicht, Wand. 2, 1—12
Lied Nr. 15

Defon Dr. Regetin.
5 Uhr Beicht (Zel. 42, 1—9).
Stadtmusik Geiger.
Sonntag, den 7. Januar
1. Sonntag nach dem Gedächtnisfest.
10 Uhr Beicht, Wandpredigt
Stahl aus Calw.
Kirchenchor: Ich habe meine Augen
auf.

Das Opfer ist für die Halle
Wissen bestimmt.
1/2 Uhr Kirchenlieder (Zel. 42):
Stadtmusik Geiger.
8 Uhr Wandpredigt in Red-
rennach:
Wandprediger Stahl.
Dienstag nachm. 4 Uhr Beginn der
Konfirmationsunterricht im Ge-
meindehaus.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibl-
kunde im Gemeindehaus,
Stadtmusik Geiger.

**Kathol. Gottesdien-
te in Neuenbürg**
Freitag, den 5. Januar 1923
abends 1/7 Uhr Hebe des Ten-
nigwasser, hernach Beicht-
legenheit.

Sonntag, den 6. Januar 1923
1. Sonntag nach dem Gedächtnisfest.
10 Uhr Beicht und Hoch Amt.
2 Uhr Wandpredigt, Beichtlegenheit.
Sonntag, den 7. Januar
1/2 Uhr Gedächtnisfest, vordr.
Beichtlegenheit, aber nicht
mehr nachher.

9 Uhr Amt; die Beicht 1121 und
ebenso der Nachmittagsgottes-
dienst.
Waldhütten-Gemeinde
—ort u. Rang)
Sonntag vom 11. Uhr Beicht
taglich „ 1/10 Uhr Son-
taglich
Mittwoch abends 8 Uhr Beicht

Zwei
Blat

N. 4.

Freudenstadt, 4.
Stammholzverkauf
(Es handelt sich um 54
geschlagen waren. Der
gemacht. Es wurden für
gebieten. In ganzen u.
Offenburger Firmen ma-
schon Erlöse mit 530 \mathcal{M}
Angebote gemacht wurde
und sollen die einzelnen
abgegeben werden.

Stuttgart, 3. Jan.
steuer-Erhöhung.) Die
denen Protest-Versamml-
nahmen Stellung gegen
der Weinsteuer auf 30
folgende Entschliebung
an den Reichstag gesen-
tritt übereinstimmend die
entwertung um das Viel-
Prozentigen Weinsteuer
Schwabbach des Reichs u.
20 Prozent hinaufgehen
Württemberg bestehende
einheimischen Weinbau
abgelehnt werden muß.
Steuer nicht mehr vom
zu erheben.

Stuttgart, 3. Jan.
tende Geldentwertung u.
zur Aufführung komme
allen Dingen so ausge-
noch gewohnt ist und an-
ist das aber nicht eine
scheinung tritt, sondern
Furcht vor der Trennung
Sparbarkeit wird sich
ständig und jedem halt
Nischen auch einleucht-
und reichliches Material
steht und besser benutzbar
tem und schlechtem Ma-
Gold haben, bei der Re-
guite Anlage zu sichern
Sinnbild darauf, das Ar-
schärfert werden, sondern
blät auf das eigene In-
hörigen.

Stuttgart, 3. Jan.
legt.) In die Wohnun-
dendorfs- und Wöhring
17-jähriger Wurfche, wol-
Das in der Wohnung
von dem Einbringling
Balls schwer verlegt. In
die Hausbewohner herb-
schlossen hatte, sprach er
berunter und stürzte in
und nach einer gehörige
wurde.

Stuttgart, 4. Jan.
garter Metzger-Jungling
schleicht: Dosen- und
Markt, 2. 540—560 (60
(390—410) Markt, 2. 3
700—710 (650—660) Markt,
Sammelstück 720 (690
540) Markt, je das Bf

23) Im Hause

Käthe dachte an die
die immer neue Geld-
reichausgelassenen
sigarenrauchende Schu-
lern des Ruhebettes -
hem einladenden Genü-
he erzählt von ihrer
doch so nobilitenden
wie sie die fleißigen
selbe verlangte.

„Was aber sagt die
Isthem?“ fragte die Ta-
„Ich weiß es nicht,
willig aufstehenden
sind ihr zu rasch, mei-
ihr zu robust und mit
viel Rot man mit nie-
Schweizer?“ fragte sie
Selbst einer hübschen
Die alte Dame be-
die ich es wieder an
ist ein wenig bündig
del und darf mich nicht
Wochen habe ich das
Käthe fleg ihr ins Ge-
die Aufsartierin lomm
Zeitwochen aufsteht.“
Schon bei den ersten
Käthe an den Schreibt-
auf die Platte desfel-
Strauß von Wertheim